

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen). Abonnementspreis: vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 50 Pf., jährlich 2 Mark. Einzelhefte 5 Pf. Die Redaktion ist in Merseburg, Markt 27. Druck von K. Staudt & Co., Merseburg, Markt 27. — Zeitungspolizei Seite 41.

Bei der Redaktion: monatlich 20 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 10 Pfennig. Bei den Postämtern 2.10 Mark eine Belegzeitung. Einzelhefte 5 Pfennig. — Expedition: Merseburg, Markt 27. Die allgemeine Abonnementspreisliste ist in der Belegzeitung Seite 20 Pfennig. — Berlin und Expedition: Markt 27. Preis 10 Pfennig. — Berlin und Expedition: Markt 27. Preis 10 Pfennig.

Nr. 85.

Halle, Freitag den 7. September 1917.

1. Jahrgang.

Wilhelm II. und Nikolaus.

In seiner Berliner Ausgabe veröffentlicht der „New York Herald“ nach einer Reuters-Depesche Telegramme, die zwischen Wilhelm II. und dem früheren Zaren geschickt worden sind. Beamte der britischen Regierung wollen sie bei der Prüfung des Privatarchivs des Zaren aufgefunden haben.

In einem Telegramm an den Zaren vom Oktober zur Zeit des Russisch-Japanischen Krieges sagt Wilhelm II. bezüglich der Forderung der britischen und japanischen Regierung, Deutschland möge die Kohlenlieferungen für russische Schiffe unterbrechen, folgendes:

Dieser neuen Gefahr muß Rußland und Deutschland gemeinschaftlich ins Auge sehen. Deutschland wünscht, daß einer Bundesgenosse, Frankreich, an seine Verpflichtungen erinnert wird, welche er in dem Zweibündnisvertrag im Falle des Casus foederis (Bündnisfall) auf sich genommen hat. Es ist außer Zweifel, daß Frankreich in einem solchen Falle seine Pflichten dem Bundesgenossen gegenüber erfüllen wird. Trotzdem Delcassé englisch geküßt ist, ist er doch einseitig genug, um zu erkennen, daß die britische Flotte ohnmächtig ist, Paris zu retten. Aus diesem Grunde müßte ein kräftiger Zusammenschluß geknüpft werden zwischen den drei stärksten Mächten des Festlandes, wodurch sich die angeklagte Gruppe zweimal bedenten würde, um was es sich handelt. Du mußt nicht vergessen, daß die neuen Schiffe zu bestellen, so daß diese beim Kriegsausbruch fertig sind. Das würde Deine Stellung bei den Friedensverhandlungen kräftigen. Ihre Privatstimmen werden solche Aufträge gern annehmen.

Der Zar antwortete am folgenden Tage, er sei mit Wilhelm II. einig, daß

Deutschland, Rußland und Frankreich

sich vereinigen müßten, um den englisch-japanischen Hochmut niedergebalden. Er ersuchte den deutschen Kaiser, die Grundlinien eines Vertrags zu entwerfen. Frankreich würde bereit sein, sich anzuschließen, sobald Deutschland und Rußland den Vertrag angenommen hätten. Darauf sandte der Kaiser einen Vertragsentwurf, den der Zar Frankreich vorlegen wollte. Doch hat er später keine Ansicht geändert. Der Kaiser telegraphierte nämlich am 26. November 1904:

Es ist meine Überzeugung, daß es höchst gefährlich wäre, Frankreich zu unterdrücken. Bedar wir beide den Vertrag unterzeichnet haben. Die Wirkung wäre meinen Wünschen entgegengekehrt. Nur die Erkenntnis, daß wir beide gebunden sind, einander beizustehen, bietet vollständige Sicherheit. Dies würde Frankreich veranlassen, auf England einen Druck auszuüben, sich ruhig zu verhalten und den Frieden zu bewahren, da Frankreichs Lage gefährlich ist. Wenn Frankreich gleich erfüllt, daß der Vertrag zwischen Deutschland und Rußland nur entworfen, aber nicht unterzeichnet ist, dann würde es seinen Freund, wenn nicht seinen geheimen Bundesgenossen England, an den es durch die Entente cordiale gebunden ist, sofort warnen. Die Folge wäre außer Zweifel der sofortige Angriff der beiden verbündeten Mächte England und Japan auf Deutschland sowohl in Europa wie in Asien. Das fürchterliche Liebesgewicht, das Sie würde mit meiner Flotte kurzen Prozeß machen, und

Deutschland wäre dann vorübergehend kriegslos. Das würde das Gleichgewicht der Welt zu unsern gemeinsamen Ungunsten verschieben. Später würdest Du bei den Friedensverhandlungen nur der Gnade Japans und seiner über den Sieg erernten und an Zahl überwiegenden Freunde ausgeliefert sein.

Am folgenden Tage telegraphierte Wilhelm II.: „Es darf keine Zeit verloren werden, keine dritte Macht darf auch nur flüßtern hören von unserer Absicht eines Ueberkommens bezüglich der Kohlenlieferungen. Die Folgen würden äußerst gefährlich sein. Nikolaus telegraphierte am folgenden Tage: „Ich bin vollständig mit Dir einverstanden, unsere Regierungen müssen zu einem stabilen Abkommen gelangen. Du mußt vollkommen von meiner guten Treue (bona fides) überzeugt sein und von meinem Wunsch, eine Lösung in dieser errienen Frage zu erzielen.“

Am 29. August 1905 sendet Wilhelm II. in einem Telegramm den nicht klar unrichtigen Vorschlag eines

Sondervertrags mit Rußland.

Dieses Telegramm lautet:

Ein Vertrag wie derjenige, über den wir uns in Vortan geeinigt haben, soll nicht mit dem französisch-russischen Bündnis, natürlich insofern nicht, als jenes nicht direkt gegen mein Land gerichtet ist. Andererseits könnte die Veröffentlichung, die Rußland gegenüber Frankreich hat, so weit gehen, als es notwendig ist, einen Vertrag abzuschließen. Diese beiden Bundesgenossen hat aber während des ganzen Krieges (des Russisch-Japanischen Krieges) sich schämlich im Stich gelassen, während Deutschland Dir in jeder Beziehung geholfen hat, soweit es konnte, ohne die Neutralitätsgeetze zu verletzen. Das legt Rußland moralische Verpflichtungen gegenüber an.

Zue Dein Keeserliches, um Frieden nach dem Vorschlag Deiner Delegierten in Washington zu schließen, und wenn Rußland meint, daß seine Ehre dadurch nicht verletzt wird, dann läßt sich das Schwert in die Scheide stecken mit den Worten von Franz I.: Tout est perdu hors l'honneur. Alles ist verloren außer der Ehre. Wenn die Duma meint, daß der Gegenvorschlag unannehmbar ist und Japan sich weigert, auf einer andern Basis zu verhandeln, dann fordert Rußland seinen Kaiser durch den Mund der Duma auf, den Kampf fortzusetzen, und übernimmt die ganze Verantwortung für die Folgen.

Anzudeuten, daß die Indiscretion von Delcassé offen hergemacht, daß Frankreich, trotzdem es Euer Bundesgenosse ist, ein Abkommen mit England geschlossen hat gerade in dem Augenblick, als England im Begriff stand, Deutschland zu überfallen in vollem Frieden, als ich das Wort für Dich und Dein Land tat. Das ist ein Experiment, das sich nicht wiederholen darf und gegen dessen Wiederholung ich raten muß, Dich in acht zu nehmen.

Ich bin vollkommen mit Dir einig, daß es Zeit, Arbeit und Geduld kosten wird, Frankreich dazu zu bringen, sich an unsere Seite zu stellen, aber Dein verdienstliches Volk wird sich wohl geltend machen und Geduld verschaffen wollen. Ihre Maroffo-Angelegenheit ist zu unruher vollsten Befriedigung geregelt. Der Vertrag ist eine gute Basis, um darauf weiterzubauen. Wir haben angenommen, vor Gott, der unsere Gefühle hört. Ich denke daran, daß dieser Vertrag wohl an-

genommen werden kann. Was unterzeichnet ist, ist unterzeichnet. Gott ist unser Willenslenker.

Wilhelm II. hat sich während des Russisch-Japanischen Krieges auf die Seite Rußlands gestellt und dieses Land begünstigt, soweit die Verpflichtungen der Neutralität dies zuließen. Er hat weiter an ein Bündnis Rußland-Deutschland-Frankreich gegen die angeklagten Länder und England gedacht und, um Frankreich dafür zu gewinnen, ein Sonderbündnis mit Rußland-Deutschland betrieben in der Erwartung, daß, sowie es abgeschlossen, auch Frankreich dafür zu gewinnen sei.

Von dem Onkel Wilhelms II., dem stillen verlebten Eduard 7. von England, wurden die Geheimnisse geleigt. Im Jahre 1905 bis 1909 sind damit ausgeklüßt. Aus dem von Wilhelm II. geplanten russisch-deutschen Bündnis wurde nichts, dagegen gelang es Eduard 7. und seinen Ministern, ein Bündnis Rußland-Frankreich-England-Japan gegen Deutschland zustande zu bringen, dem, durch die Tripolis-Kelone eingeklungen, später auch Italien, der Dreibündnisgenosse, halb und halb beitrug. Die Einräumung, Isolierung und Umkreisung Deutschlands war fertig.

Die Veröffentlichung der in Petersburg gemachten Depeschen Wilhelms II. hat den Zweck, das amerikanische Volk von den „Anträgen“ Deutschlands gegen die angeklagte Welt zu überzeugen und dadurch die Kriegslösung jenseits des Ozeans zu erhöhen. Dieser Zweck wird zweifellos erreicht werden. Gleichzeitig sollen die Engländer aufgepeitscht werden, ihr Neugier gegen die deutschen „Bogemonie“-Verreibungen herzugeben. Auch dieses Ziel liegt nahe und wird erreicht werden. Ferner will sich die französische Regierung in ihrer Bündnistreue gegenüber Rußland sonnen und dadurch im Osten „moralische Verpflichtungen“ gegenüber der Entente wecken. Schließlich sollen die Russen vor den deutschen „Machenschaften“ gewarnt werden.

Aber hier können die Regierungen der Weltmächte, auf deren Betreiben und mit deren Erlaubnis ja die Veröffentlichung vorgenommen wird, sich gründlich täuschen. Es geht nach diesem Telegrammwechsel doch nicht mehr an, daß Kerenski Deutschland als den „unveröhnlichen Feind“ anbricht und zu seiner Niederringung auffordert. Dieser „unveröhnliche Feind“ hat ja Rußland während des japanischen Krieges geküßt, so viel und so weit er konnte, und noch während des Krieges ein Schutz- und Trutzbündnis dem östlichen Nachbar angeboten. Das sieht wahrlich nicht nach Feindschaft, noch weniger nach Unveröhnlichkeit aus.

Endlich können in Frankreich diejenigen, die sich noch einigermäßen einen fühlbaren Kopf bewahrt haben, einen bedenklichen Widerspruch gegen die landläufige Doktrin des deutschen Erbfeindes in der Konstatierung finden, daß Wilhelm II. das Betreiben hatte, in das deutsch-russische Bündnis Frankreich auszunehmen. Allerdings, ohne ihm zuvor Etich-Rothringen ausgedient zu haben.

So gerabelnd, wie die Machthaber der Weltmächte sich die Wirkung gedacht haben, wird sie daher nicht vor sich gehen. Die Bombe wirft Splitter nach allen Richtungen. Sie wird Vermundungen auch dort verursachen, wo die Entbiller sie höchst ungern sehen.

Weil wir müssen.

Nach der Darstellung der altdeutsch-konservativen Presse möchte es so scheinen, als ob die Reichstagsmehrheit aus „einer Machtgedränge“ einen ausfallgebenden Einfluß auf die deutsche Politik anstrebe, und als ob ihre Führer es gar nicht mehr ermarteten können, Minister zu werden. Ein arges Auf-den-Sockel-Stellen der Latzaden läßt sich überhaupt nicht denken. Nur gögernd sind die Parteien der Wehrheit auf diese schwierige Aufgabe heranzutreten, die noch vor ihnen liegt. Nur der unwiderstehliche Zug der Entwicklung bringt sie, die Hand nach einem glühenden Essen ausstreckend, von dem sie sich noch eigner Neigung viel lieber die Finger gelassen hätten.

Der ganze Kampf um das parlamentarische Regierungssystem in Deutschland ist ein Spiel mit verlauchten Rollen. Die eine Seite muß jetzt wollen, woran sie gar kein Interesse hat, und die andere Seite will offenbar noch nicht, was sie in ihrem eigenen Interesse wollen müßte.

Die schleunige Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland ist ein Interesse nicht der Demokratie, sondern der Monarchie. Bisher hat vor 50 Jahren den Dienern des preussischen Königtums nachgelagt, daß sie praktische Notgebe und keine Schönredner wären. Die Diener, die sich heute an den Thron herandrängen,

angebildet um ihn zu schmeißen, sind nichts als Schönredner, die den wahren Stand der Dinge nicht sehen wollen, sondern ihn

hinter löwenden Fingern verbergen.

Wer sollte es denn in der gegenwärtigen Zeit lösen, für das, was werden soll, die Verantwortung zu übernehmen? Und wer sollte nicht froh sein, wenn sich ihm eine Gelegenheit ergibt, sich von dieser Verantwortung zu entlasten?

Bekommen wir eine parlamentarische Regierung, so übernehmen die an ihr beteiligten Parteien die Verantwortung.

wortung für den Friedensschluß und für die wirtschaftliche Neuordnung nach dem Kriege. Man braucht kein großer Kropf zu sein, um vorauszuahnen, daß die künftigen notwendigen Regierungshandlungen, von denen immer die auszugehen werden, einer oppositionellen Agitation die breitere Angriffsfläche bieten werden. In der Zeit nach dem Friedensschluß wird sehr viel begriffliche und berechnete Uuzufriedenheit im Lande sein, die man dann nicht mehr mit Mitteln, die sich aus dem Kriegszustand ergeben, zurückdrängen kann.

Mit dieser Unzufriedenheit wird jede Regierung schwer zu kämpfen haben, eine abstraktistische wie eine parlamentarische, eine konservative wie eine sozialdemokratische. Stellen wir uns einmal den Fall vor, die Sozialdemokratie wäre heute stark genug, die Regierung übernehmen zu können. Wer glaubt, daß sie imstande wäre, das deutsche Volk aus seinem gegenwärtigen Zustand mit einem Schlag in einen Glückszustand zu versetzen oder auch nur in einen Zustand, der zu starker Unzufriedenheit keinen Anlaß gäbe? Es gibt kein Rezept, durch dessen Anwendung die Wundheilung von ihren furchtbaren Seiten

mit einem Schläge gehilt

werden könnte, die Heilung und Besserung kann sich nur allmählich vollziehen, und mittlerweile wird der ungeduldige Patient oft genug glauben, zu Beschwerden über seinen Arzt Grund zu haben.

bleiben die Dinge bei uns so wie sie jetzt sind, so trägt der Obrigkeitssinn oder noch deutlicher gesagt, die Dynastie die moralische Verantwortung für das Kommende. Aber auch für sie gilt das schon Gesagte: Auch sie kann mit den besten Absichten und auch nicht, wenn sie von den erleuchteten Grundgedanken geleitet wird, das Volk gleich aus dem Kriege heraus herlichen Friedensglück entgegenzuführen. Welche längere Latenz könnte sich für eine zielbewußt antimonarchische Politik ergeben als die, die Dinge vorläufig auf sich beruhen zu lassen

und den Trägern der Verantwortung ihre Last bis auf weiteres zu überlassen? Der Kritiker hat zu allen Zeiten eine angenehmere Rolle als der, es besser machen soll, und zu keiner Zeit konnte es würdigerwertiger erscheinen, in der Rolle des Kritikers zu bleiben als in der gewöhnlichen.

Wenn man also die auf den Kopf gestellten Lattaden wieder auf die Füße stellt, so ergibt sich folgender Sachverhalt: Für die Monarchie bedeutet die scheinbare Einführung des parlamentarischen Systems politischen Gewinn. Für die Parteien der Wehrheit bedeutet sie aber ein ungeheures Opfer, das sie bringen unter der Gefährdung ihrer eigenen Existenz. Zu solchem Opfer würden die Parteien und würde insbesondere die Sozialdemokratie nicht bereit sein, wenn es letzten Endes

nicht um höheres Gänge

als um Sein oder Nichtsein bestehender Parteiorganisationen

und gestender Verfassungsbestimmungen. Es geht um den Frieden. Es geht darum, dem deutschen Volk und der ganzen Menschheit weitere mißliche Opfer zu ersparen. Dazu ist die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland eins der notwendigen Mittel. Und ist dies einmal erkannt, so wird die Frage ganz gleichgültig, wie die einzelnen Parteien dabei fahren würden.

Was insbesondere die sozialdemokratische Partei betrifft, so ist vollkommen klar, daß sie hundertmal besser fährt, wenn das bestehende System noch ein paar Jahre erhalten bleibt, als wenn es jetzt schon geändert wird. Aber die Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland und die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung als Möglichkeit einer neuen Zeit ins Auge faßt, der kann nicht ohne tiefe Sorge an die Folgen denken, die sich daraus für die Partei ergeben können. Um wieviel besser wäre es doch für uns, wenn lieber alles beim alten bliebe!

Aber in dieser Zeit hat niemand, kein Mensch und keine Partei, das Recht, an seine eigene Verantwortlichkeit zu denken! Die Pflicht zu tun ist uns an dem Weg. Und darum geben wir den Weg zum parlamentarischen System, nicht weil es der Monarchie schadet, sondern obgleich es ihr nützt, nicht wegen vermeintlicher Vorteile dieses Liquidations für uns, sondern trotz erkannter Nachteile und Gefahren, nicht weil wir wollen, sondern weil wir müssen.

Was der Krieg bringt.

30000 Tonnen.

Der Admiralschiffbericht:

Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 30 000 Bruttoregister-tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer „Claverley“ mit 6000 Tons Kohlen nach Genoa, sowie drei aus Geleitzügen herausgeschossene Dampfer, von denen zwei bewaffnet waren, und ein Landdampfer von mindestens 4000 Tons.

In schnellem Rückzuge.

Der deutsche Abendbericht bringt die Meldung, daß Nordhagen und Mitte der russischen 12. Armee in schnellem Rückzug sind.

Bei der Einnahme von Riga und Dünamünde haben sich, ist wird halbamtlich berichtet, die dem Oberbefehlshaber der Ostsee unterstellten Seestreitkräfte tatkräftig beteiligt. Unterchiebung der Flotille „Kurland“ drängen in den durch russische Minenverren, Rufe und sonstige Minenverren verperrten Rigaerischen Meerhäfen unter energischer Unterstützung der Minenräumdivisionen ein und beschließen von See aus die aus Dünamünde auf der Straße nach Rernit fliehenden russischen Truppen. Gleichzeitig hielten sie durch ihre Anwesenheit im Rigaerischen Meerbusen die russischen Seestreitkräfte von einer Befreiung unter Truppen von See aus ab.

Schnell und erfolgreich haben die Flotten in der Gegend unserer Seefeststellungen Winden und Ankerplätze die räumlichen Verbindungen der Russen und die nach Osten zu führenden Straßen und Eisenbahnlängen an und zerstört auf Bahnhöfe und fahrende Züge sowie auf den Straßen zurückfliehende russische Truppen zahlreiche Treffer.

Von den aus Dünamünde auslaufenden russischen Dampfern wurden von den Flugzeugen mehrere durch Bomben getroffen und blieben in hellen Flammen stehend vor dem Hafeneingang.

Russischer Bericht.

Am 4. September: Unsere Truppen verließen am Morgen des 4. September Riga, nachdem sie die Befestigungen nördlich von Dünamünde und die Brücken über die Düna gesprengt hatten. Gegenwärtig sehen sie ihren Rückzug nordwärts und längs der Küste fort. Die Dorfer Rabinell, 40 Werst südlich von Rernau, Soinisch, Kosstul und Rbde an der Mündung des Rigaerischen Meerbusens werden von der feindlichen Flotte besetzt. In der Gegend von Rernau haben die Deutschen am 3. September fast ihren Erfolg in nördlicher Richtung auf der Straße Waldenau-Bilowitsch in nordöstlicher Richtung auf Stranzen zu entwickeln, um unsere Stellungen bei Dünamünde zu umgehen.

Gegen Abend betrieb der Feind unsere Truppen am Großen Jagelboch aus ihren Stellungen, durchbrach unsere Front in einer Ausdehnung von 15 Werst in der Gegend von Waldenau und veranlaßte sich dieses Entes. Unsere Truppen zogen sich in nördlicher Richtung zurück. Wir ergreifen Maßnahmen, um den Durchbruch auszugleichen.

In der Gegend von Waldenau, Rabinau und Stranzen konnten sich unsere Truppen unter dem Druck des Feindes nicht halten, sie zogen sich in nordöstlicher Richtung zurück.

Darüber hinaus griffen die Soldaten erfolgreich sich ununterbrochen auf der Straße nach Bilowitsch sowie auf der Straße von Rbde nach Rernau.

Schwere blutige Kämpfe.

Der Wiener Heeresbericht vom Mittwoch bringt folgende Meldungen:

Der 19. Tag der ersten Frontschlacht war von schweren blutigen Kämpfen erfüllt. Bei Mauer hielten unsere Sturmtruppen im Vorzeichen auf einen zielgerichteten italienischen Angriff und geboten ihm Dalk. Vier weitere Angriffe wurden abgelehnt.

Der Wiener San Gabriele hielt sich getrennt fest, im Mittelpunkt eines zu großer Festigkeit abgeleiteten Ringens. Der Feind hümmte immer wieder gegen den Festigkeit an, der wiederholte in seine Hand fiel, um kurz darauf von unserer zahlreichen Infanterie zurückdrängt zu werden. Der Feind mit großer Schwere schickte seine Kampf den bis zur Stunde in ununterbrochener Stärke an.

Bei Sella machte der Italiener eine vergebliche Fortschritte. Ein bei Sella und Medazza in Stellungsbereitungen ange-

setzten Unternehmen unserer Truppen löste auf der ganzen Karsthohefläche heftige Zusammenstöße aus. Alle vom Gegner unternommenen Angriffe brachen durch der stärksten Partisanen unserer Kriegserfahren Kämpfer ab. In der italienischen Offiziere und über 4000 Mann fielen als Gefangene in unsere Hand. Die Gesamtzahl der seit dem Beginn der Schlacht eingebrachten Gefangenen beläuft sich auf 15 000 Mann.

Zweit wurde wieder zweimal von italienischen Fliegern angegriffen.

Fliegerangriff auf London.

In deutschen Abendbericht vom Mittwoch wird ein neuer nördlicher Fliegerangriff auf London gemeldet. Eine darüber vorliegende Neuerkundung besagt, daß ein durchbringender Sturm in der Nacht die Bewohner von Chatham, Rochester und Gillingham und Umgebung weckte. Man nahm feindliche Flugzeuge wahr, die über den dortigen Seehafen kreuzten. Zweimal wurde eine Anzahl Bomben abgeworfen. Im Bezirk von Chatham fielen 12 bis 14 Bomben nieder. Der Schaden, der an dem Privatgüterum in der Stadt angerichtet ist, ist gering. Unglücklicherweise wurden drei Personen durch eine Bombe getötet, die einen Teil der Marineinfanterie traf. Die Werte ist völlig unbekannt.

Draußen vorm Sore.

Charles Ginech vom Pariser „Ceuvre“ gibt seinem Blatte folgendes Bildchen aus London: Es regnet. Ein schauerlicher schmutziger Regen, der seit vierzehn Tagen unaufhörlich herabstößt und einen tiefstinnig machen kann.

Wenig Menschen in Down Street, die für die zur Entente-konferenz erschienenen äußeren Persönlichkeiten Interesse haben. London hat sich seit Kriegsbeginn ein Gleichgültigkeit und Gelassenheit angeeignet, die durch nichts zu erschüttern ist. Die Ministerkonferenz läßt die Londoner fast wie ein alltägliches Verfall. Vorfall ist noch zuviel geistig, es ist eine normale Erscheinung, so der die Presse noch nicht einmal den üblichen Bericht zu liefern hat.

Lloyd George ist zuerst da, denn er hat die Güte zu empfangen. Er trägt ein schwarzes Jackett und dazu passendes Weißkleid mit weißen Streifen. Zwei große Beulen blühen aus seiner Kravatte. Dann erscheint Ribot in einem mit peinlicher Sorgfalt zugeputzten endlosen Schrod, der ihn noch länger und dünner erscheinen läßt, als er in Wirklichkeit ist, eine benutzte Kapuze auf dem Kopf, aus der sich Silberloden herausringeln. Dann folgt mit unbehaglichem Blick und einem sehr wenig einmuthlos auf der äußeren Spitze der gebogenen Nase hockenden Ancier Saurino; Balfour nehmend und dünngezierter. Fastisch mit lang herabwallendem Reptilienbart und Lord Deedes, dessen Gesicht unter einem selbstlosen Zylinder vergrüßert dreinblickt, als wenn kein Werd eben auf der Membran den ersten Preis davongetragen hat.

Wenig Jurate unter den letzten Neugierigen. Einmal weil es regnet und dann auch weil man sich in der Gesellschaft nicht aufhält und weil es auch wirklich nichts gibt, was einem beim Anblick dieser sich an ihre Aeben begebenden Herrschaften zu Bewunderung fortzuziehen könnte.

Wenn alles bestimmen ist, werden die Pfotten geschlossen, durch die nichts hindurchgeht. Ein und wieder zeigt sich ein Schreiber. Dann rücken die zwei oder drei unglücklichen Journalisten, die mehr aus alter Gewohnheit als weil ein Redaktionschef, herumlungen, eine schäbtere Frage an sie, auf die ihnen selbstverständlich keine Antwort wird. Als ein Türschlichter läßt sich im Vorzeichen ein paar Worte abgeben. (Die ober die Fenster zu freiden für nötig befand).

Es ist 7 Uhr geworden, als die Sitzung zu Ende ist. Es regnet noch immer Regen. Die Herren kommen heraus. Saurino mit devotem liefernden Wien von nach, Albert Thomas strobend übers ganze Gesicht. Die Wiener Albert sagen nichts und die Lloyd George sagen, was man will.

Ein paar Neugierige raffen sich, als Botschaft vorbestimmt, dazu auf, „God Serbent!“ zu rufen. Nach diesem laugen, der Vergangenen gesellten Tribut tritt auf sich alles.

Ich war gekommen, etwas zu sehen, und habe nichts gesehen. Am Abend esse ich mit einem Freund in der Schotesburg Avenue. Ein geräuschvolles Orchester erzieht kommende Wogen von „Ragtime“ über mich, eine Sinusritus fürchterlicher Harmonien, bei denen einen wichtigste keine Sehnsucht nach den tumultuarischen Vergnügungen der Friedenszeit ankommen. Und mit Schmerz betrachte ich das winzig kleine Städtchen Brot, das mir der Ober auf die Serviette legt. Dafür rufe ich in um so größeren Dimensionen auf den Wänden, auf den Tischen, auf der Speisekarte, wo ich hinblicke, rings um mich herum, die Werbung auf: Eat less bread! Eat weniger Brot! Selbstredend bleibt denn auch das glückliche Leben, mit dem ich meinen besetzten Träumen zur Herausgabe eines weiteren Wissens zu bewegen suche, erfolglos, und ungeachtet des unermesslichen englischen Wohlstands, das er, „ohne alles“, wie mich hinsetzt, erzieht mich namenklos Angst.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Reichstag wird am 26. September wieder zusammengetreten. Ueber seine geplante Tätigkeit schreibt das „Berliner Tageblatt“:

Er wird zu den dröckenden Fragen der inneren Politik Stellung nehmen, u. a. auch zu der Schaffung der „freien Kommission“, dem Eichen-Ausdruck, der gemeinlich mit dem Reichsanwalt und den hohen Bundesratsmitgliedern in Zukunft beraten soll. Weiter wird er die Zeltung des Reichsanwalts des Innern, durch die ein Reichsanwaltschaftsamt geschaffen wurde, zu billigen und die dafür notwendigen Kosten zu genehmigen haben. Der Reichshaushaltsplan für 1918 kommt noch nicht zur Vorlage. Erwartet werden bevölkerungspolitische Vorschläge über Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang. Auch die elop-Lothringische Frage soll erörtert werden. Zu parlamentarischen Kreisen rechnet man, wie eine Nachrichtenstelle schreibt, auch auf eine kleine Vorlage, die die Grenze der Unpäßbarkeit von Lohn- und Gehaltsansprüchen nochmals heraufsetzt. Best beträgt sie 2000 Mark.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen dürften wieder die Fragen der Parlamentarisierung einnehmen, hingegen größere sozialpolitische Vorlagen nicht zur Verhandlung kommen. Auf ein Arbeitsstatutgesetz ist also nicht zu rechnen, auch nicht auf das schon oft angekündigte Arbeitskammergesetz. Erledigung wird das Schiffsahrt-entwöhnungsgesetz finden. Die Vorlage zur Veranschlagung der Reichspflege kann als geklärt gelten.

Sinnlichst einer Veränderung der Reichstagswahlkreise steht ein Gesetz in Aussicht, das den großen Städten eine Erweiterung ihrer Kreise bringt. Die Zahl der Reichstagskreise wird um etwa 30 vermehrt werden. So soll zum Beispiel Groß-Berlin einen Wahlkreis bilden, in dem die sechs Berliner Wahlkreise und die Wahlkreise Teltow-Charlottenburg und Niederbarnim vereinigt sind. Diese Kreise, die bisher acht Reichstagsabgeordnete stellten, sollen zwölf Vertreter im Reichstag erhalten, gewählt nach dem Verhältniswahlrecht. Auch den Ernährungsfragen wird eingehende Erörterung gewidmet werden. Dem Reichstag steht also eine sehr bedeutungsvolle Arbeit bevor.

Der alldeutsche „Berliner Lokal-Anzeiger“ will den Reichstag auch noch gegen Wilson mobil machen. Er möchte am liebsten, daß der Reichstag sofort zusammentritt, um Wilson die „richtige“ Antwort auf seine Note zu erteilen; doch daß der Präsident des Reichstags, wie es scheint, abgewartet, daß die Reichsboten sich zum größten Teil losen erl wieder in den Sommerurlaub begeben hätten und ein anderer Teil an die Fronten reisen müßten. Sogar ist aber, nach dem „Lokal-Anzeiger“, daß eine der ersten Handlungen des Reichstags sein werde, Herrn Wilson die passende Erwiderung zu geben.

Agrarische Widerborstigkeit.

In der Zeit der großen Kartoffelnot im vergangenen Winter hatte die Stadt Essen unter der künftigen Lieferung aus den obliegenden Lieferungsverträgen zu leiden. U. a. hatte der Rittersgutsbesitzer Freiherr von Bothmer in Falkenberg 8000 Zentner Kartoffeln zu liefern. Zu freibürgerlichem Verkauf war er aber nicht zu bewegen. Der Oberbürgermeister von Essen stellte deshalb am 8. Januar Entgegenkunftsantrag und beantragte zugleich Hilfe bei der Reichstagsaufstellung. Der Kreisaußschuß Schöbelin erließ am 12. Januar eine vorläufige Aufforderung an den Freiherrn, und da diese erfolglos blieb, ordnete er am 16. und 20. Januar die Enteignung an. Die Beschwerde des Freiherrn wurde vom Regierungspräsidenten juristisch gemessen. Außerdem erklärte der Freiherr, wie der Essener Anführer unter dem 20. und 29. Februar mitteilte, daß er die angeordnete Menge nicht liefern werde. Vom Essener Oberbürgermeister beantragte Zwangsmaßnahmen führten dann endlich zur Ablieferung. Nun aber beantragte der herrliche Freiherr, dem für die Weigerung eine empfindliche Strafe gebührt hätte, auch noch die — Schnelllebensprämie von 1,25 Mark für den Zentner. Dieses habenhäufige Ersuchen lehnte die Stadt Essen mit folgendem Schreiben ab:

Zür Kartoffeln, deren Herausgabe erst durch Enteignung erzwungen werden mußte, den Zuschlag von 1,25 Mark zu zahlen, muß ich ablehnen. Es erwidert gegenüber denen, die lokal Kartoffeln zu dem bisherigen Höchstpreis abgeben haben müssen, ein solches Verhalten auch noch besonders zu belohnen. Auch würden Reich und Staat diese Zulage nicht erlassen.

Anstatt diese Zurechtweisung verdienstlos ruhig anzunehmen, beschwerte sich der Freiherr beim Ministerium über die unbillige Form des Essener Schreibens. Der Minister des Innern gab in Uebereinstimmung mit dem Landwirtschaftsminister dem Essener Oberbürgermeister den Bescheid, daß er die verlangte Form des Ablehnungsschreibens einer seiner Aufsicht unterliegenden Behörde auch gegenüber einem sachlich nicht berechtigten Antrag nicht billigen könne.

Der Oberbürgermeister wehrte sich gegen diese Verfügung und wies darauf hin, wie groß die Kartoffelnot sei und wie er einem kleinen Händler, der gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoße, das Geschäft schließe und ihn in der Presse und im „Reichs-Anzeiger“ an den Pranger stelle. Er bot um Nachsprüfung der oberbehördlichen Kritik. Das Ende der Geschichte war nun nicht etwa eine Anerkennung, daß die Stadterhaltung Essen durchaus angemessen vorgegangen sei. Sondern bekam sie natürlich recht. Der Freiherr wurde mit einem Anpruch auf die Schnelllebensprämie abgewiesen, aber der Stadterhaltung Essen wurde wegen der Form des Schreibens vom 8. Februar das Erforderliche mitgeteilt.

So geschähe in der Zeit der größten Kartoffelnot und in einem Maße von agrarischer Widerborstigkeit, die schwere Strafe statt Anlassen mit Glacéhandschuhen verdient hätte!

Gedner und Duisberg.

Geheimrat Duisberg (Leberfusen) sendet der Presse ein längeres Schreiben, in dem er sich nochmals mit Genossen Scheidemann über die Frage auseinandersetzt, wer den Leiter des Kriegsamt, General Gedner, gestützt hat. Es scheint, als ob Duisberg persönlich an dem Sturz Gedners nicht beteiligt gewesen ist und Genosse Scheidemann sich in der Person geirrt hat. Genosse Scheidemann wird ja wohl auf diese persönliche Angelegenheit noch einmal zurückkommen. Die persönliche Rolle des Herrn Duisberg ist ja übrigens auch nicht entscheidend für die Beantwortung der Frage, ob Gedner das Opfer schwerer individueller Einflüsse geworden ist. Diese Frage wird aber in allen unparteiischen und sozialpolitisch interessierten Kreisen mit der allergrößten Entschiedenheit bejaht. Das Schreiben Duisbergs enthält indes auch eine sachliche Mitteilung von weitestgehender Bedeutung. Genosse Scheidemann hatte in seinem Schreiben u. a. eine Stellung der Industriellen in Düsseldorf erwähnt, die sich mit der Abänderung des Hilfsdienstgesetzes beschäftigen sollte, und deren Einflußer Duisberg war. Dieser schreibt nun über den Verlauf der Sitzung, die am 21. August stattfand, das Folgende:

Tatsächlich hatte die Versammlung den ausschließlichen Zweck, darüber zu beraten, wie man die Arbeitsfreudigkeit und die Stimmung hinter der Front heben und damit die bei dem jetzigen schweren Kampfe so notwendige Leistung der Munitionsarbeiter weiter steigern kann. ... Gelänge es, durch Hebung der Stimmung die Leistung der Rüstungsindustrie, wenn auch nur um 10 Prozent, zu heben, so bedeutet dies einen strategischen Gewinn von hunderttausend Mann.

Bevor der Abgeordnete Scheidemann über die Wiederherstellung der Sitzung zu Gesicht bekommt, will ich ihm jetzt schon verraten, daß das Hilfsdienstgesetz dabei doch eine Rolle gespielt hat. Auf meinen, schon im Einladungsschreiben zum Ausdruck gebrachten Antrag hin, dem die anwesenden Vertreter nicht nur der Schwerindustrie, sondern der beschiedenenartigen Zweige der Rüstungsindustrie einmütig beitreten, wird vorgeschlagen — nun hören und schauen Sie, Herr Scheidemann —, die im § 9 enthaltene Beschränkung der Arbeitsfreudigkeit ohne irgendwelche weitere Gesetzesänderung aufzuheben, um damit die einseitige Belastung der Arbeitnehmer und den Streit hervorzuhebende Verteilung der Arbeiter mit ihrer Berufung an die Schwächeren zu befehlen.

Es ist danach Tatsache, daß die Rüstungsindustrie die Aufhebung des § 9 des Hilfsdienstgesetzes verlangt. Dieser § 9 ist aber das Kernstück des ganzen Gesetzes, von dem nach seiner Auf-

hebung nicht viel übrigbleibt. Da das Gesetz infolge des tatkräftigen Zutritts der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht nach ihren Wünschen ausgefallen ist, nehmen die Unternehmer der Rüstungsindustrie an ihm überhaupt kein Interesse mehr.

Das ist der sicherste Tatbestand, zu dem nun die Gesetzgebung Stellung zu nehmen hat. Die Arbeitgebervertreter werden sich dafür einsetzen, daß die sozialpolitischen Grundgedanken dieses Gesetzes, die Einführung von Arbeiterausschüssen in industriellen Betrieben, nicht verlorengeht. Um übrigens wieder die Arbeiter dafür diesem Gesetz, wenn es feile, keine Kränze nachzulegen. —

Der Urlaub der Soldaten.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Davidson hatte unlängst auf Grund an ihn gelangter Beschwerden an den Kriegsminister eine Anfrage gerichtet, welche die Berechtigung der Fronturlauben zur Vergebung von Schnellzügen, ferner die Anhebung der Urlaubsberechnung als Disziplinarstrafe zum Gegenstand hatte. Hierfür ist ihm folgende Antwort zuteil geworden:

Die Bestimmungen über die Vergebung von Schnellzügen durch beurlaubte Militärpersonen sind mit den Eisenbahndienstverträgen vereinbart und in dem Erlass vom 28. 12. 16 (M. S. Seite 586) zusammengefaßt. Entschärfende Bestimmungen sind weder erlassen noch beabsichtigt. Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat im Gegenteil die Eisenbahndienststellen angewiesen, zur Vergebung der Militär-Urlaubsberechtigten auch solche Militärpersonen zuzulassen, deren Urlaubs- oder Fahrkarte den Vermerk, daß Schnellzüge benutzt werden dürfen, nicht tragen.

Als Disziplinarstrafen dürfen Urlaubsbeschränkungen nicht verhängt werden. Der Urlaub erteilende Vorgesetzte hat aber das Recht, den Zeitpunkt des Urlaubs festzusetzen und, wenn er es für notwendig erachtet, ihn zu verschieben. Die Berechtigung, den Urlaub eines Mannes hinaus zu schieben, wenn er infolge seiner Erkrankung noch beurlaubt ist, einer Verurlaubung zugeht nicht minder, ist, kann daher dem Vorgesetzten nicht abgeprochen werden.

Man darf wohl erwarten, daß das im letzten Absatz ausgeprobenes Recht des Vorgesetzten nicht in einer Weise ausgeübt wird, daß die Urlaubsberechnung schließlich doch einer Urlaubsbeschränkung gleichkommt. —

Der heilige Bureautrutz.

Frankreich haart über Fleischmangel. Das hindert nicht, daß solche Dinge passieren, wie sie der letzte „Cri de Paris“ erzählt:

Kam da dieser Tage eine große Fleischladung an ein Restdepot. Der leitende Verwaltungsbefehlshaber stellte fest, daß es Montag wäre, die Sendung aber erst für den kommenden Donnerstag bestellt sei. Was tut er? Er weist die Fleischladung zurück und erhebt, das Fleisch zum vereinbarten Termin zuzustellen.

Das Fleisch wird also wieder verladen. Der Abnehmer nimmt von den Büchsen der Militärbehörde Kenntnis und verfrachtet das Fleisch ein zweites Mal. Der Transport folter zwar eine Menge Geld, aber die Befüllung kommt diesmal wenigstens zum festgesetzten Termin an. Als man jedoch nach der Zeit und Herrsche die Kästen öffnete, fand man, daß das Fleisch inzwischen faulig geworden war.

Aber das Regiment war gewohnt. —

Notizen.

Die nationalliberalen Landtagsabgeordneten Schiffer und Strauß, die „National. Kor.“ meidet: Staatssekretär von Strauss und Ministerdirektor Schiffer haben ihre Mitgliedschaft zum Reichstagen Abgeordneten niedergestellt; Herr Schiffer außerdem auch sein Mandat als Reichstagsabgeordneter. Für die erforderlichen Ersatzwahlen zum Reichstagen Abgeordnetenhaus werden beide Herren sich ihren Wahlkreisen wiederum zur Verfügung stellen. —

Beschlagnahme der Brauerei- und Rinderherden. Die Beschlagnahme der Brauerei- und Rinderherden, die unmittelbar bevorstehen im ganzen Reich die Gesundheitsfrage durchgegriffen ist. Das künftige Kriegsministerium hat die Beschlagnahme der Beschlagnahme bereits angeordnet. — Das wäre einmal eine wirkliche Kriegsmassnahme. Den meisten dieser Kommentare wird niemand eine Kränze nachzulegen. —

Militärische Kommandos gegen die Glacéhandschuhe. Das Militärische Bureau meldet: „In einer großen Zahl deutscher Städte sind besondere militärische Kommandos eingerückt, um Herrsche gegen die in letzter Zeit des öfteren vertriebenen Glacéhandschuhe zu fassen. Eine Anzahl solcher Fälle ist schon aufgedeckt. Befamlich haben die Täter, da es sich fast durchweg um Transporte von Handenschuhen handelt, bis zu 10 Jahren Zuchthaus zu erwarten. Das mag jeder bedenken, der solchen Verordnungen ausgesetzt ist.“ —

Arbeitspapiere auf Weisen mitnehmen! Seit einigen Tagen wird in den Eisenbahnhöfen sehr strenge Kontrolle ausgeübt. Jeder Reisende wird von den Zugkontrolloren angehalten und nach einem Ausweis gefragt, sogar die Frauen und jungen Mädchen. Dabei ist jeder auf den beim Austritt seiner Karte mit Ausweispapieren zu versehen. Bei nicht genügendem Ausweis hat man unter Umständen die Unannehmlichkeit, von der Weiterfahrt ausgeschlossen zu werden. —

Die Wahlrechtsfrage in Sachsen. Die sächsische zweite Kammer beschloß sich am Dienstag im Beratungsausschuß mit der Wahlrechtsfrage. Der Wunsch, beizulegen, an die Regierung die Frage zu richten, ob sie bereit sei, eine dem zweiten sächsischen Wahlrechtsentwurf entsprechende Reform des sächsischen Wahlrechts vorzunehmen. Der Vertreter der Regierung antwortete, daß sie sich nur auf die früheren Ausführungen des Ministers in der Vollversammlung vom 16. Mai 17 beziehen könne, und daß nach ihrer Meinung eine Abänderung der früheren Voraussetzungen für die damalige — ablehnende — Erklärung nicht eingebracht sei. Aus dem Wunsch wurde gefragt, ob dies die endgültige Auffassung der gesamten Staatsregierung sei. Der Regierungsbekannter erwiderte, daß er seiner Erklärung eines Weilers nicht zurückzugeben habe. Auch zur Frage, ob die Erklärung der Regierung nur eine solche des Ministeriums des Innern oder des Gesamtministeriums sei, erwiderte der Regierungsbekannter, eine Auskunft nicht geben zu können. In der weiteren Beratung wurde festgestellt, daß der Regierung die Beantwortung für ihre Erklärung zu überlassen sei. —

Gegen die Hohenzollern. Das vollständige Riemer Bureau meldet aus Bahlingen: Das Auswärtige Amt teilt mit, daß die inländische Auslieferung der Hohenzollern einseitiges von Amerika aus Verbindung des Friedens gemacht wird. Amerika wird sich damit begnügen, daß eine Abänderung der Regierung des Deutschen Reichs stattfindet, die ein zuverlässiges und einheitliches Verfahren Deutschlands in seinen Beziehungen zu den anderen Völkern sichert. Man meint zwar, daß die Aufhebung des Herrscherhauses der Hohenzollern die Stabilisierung des ausländischen Politik beizulegen würde, aber es liegt nicht in Amerikas Politik, das deutsche Volk eine Regierung diktieren zu wollen, nur wird Amerika zu bezeichnen haben, ob die vorzunehmende Abänderung genüge, um einen Dauerfrieden zu begründen. —

Zwei Großfürsten als Gegenrevolutionäre verhaftet. Wie die Petersburger Blätter melden, hat die Regierung im Zusammenhang mit der gegenrevolutionären Bewegung, die in Moskau aufsteht wurde, verhaftet, daß die Großfürsten Michael Alexandrowitsch und Paul Alexandrowitsch in ihren Wohnungen gefangen gehalten werden sollen. Der Großfürst Michael Alexandrowitsch ist der jüngere Bruder des Zaren, dem die erste Revolutionsregierung um Willkür die Regentenschaft übertragen wollte. Großfürst Paul Alexandrowitsch ist ein Enkel des Zaren. —

Pola bombardiert. Das österreichische Flottenkommando teilt mit: In der Nacht vom 3. auf den 4. 9. besetzte eine größere Anzahl feindlicher Flugzeuge Pola mit etwa 100 Bomben, die in der Stadt einigen Privatwohnungen verursachten. Ein fliegendes Kreuzer vor der Stadt geriet in Brand. Militärische Objekte erlitten nur geringfügigen Beschädigungen. Es sind keine Menschenverluste zu beklagen. —

Opfer des Luftangriffs. Das englische Pressebureau meldet: Bei dem Luftangriff auf London in der letzten Nacht wurden 11 Personen getötet und 62 verletzt. —

U-Bootsangriff auf Englands Küste. Auslisch wird von englischer Seite mitgeteilt: Ein feindliches U-Boot ist gestern abend 6 Uhr 45 Minuten auf der Höhe von Scarborough erschienen. Es feuerte 30 Schüsse ab, von denen die Hälfte an Land einschlug. Drei Personen wurden getötet und fünf verwundet. Der Schaden ist gering. —

Bis Friedrichstadt geräumt

Weiterer Rückzug der Russen.

Luftangriffe auf England.

W. Z. S. Großes Hauptquartier, 6. September 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern blieb die Kampftätigkeit der Artillerien fast, vor allem zwischen dem Souffrierer Wald und dem Kanal Ypern-Gommes.

Nach Einbruch der Dunkelheit griffen die Engländer zwischen den von Ypern auf Poelcapelle und Zonnebeke führenden Straßen zweimal mit starken Kräften unsere Linien an. Beide Angriffe brachen im Feuer und Kampflust verlustreich und ergebnislos zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Weiterer der Straße Voort-Soissons und im südlichen Teile des Chemin des Dames war die Feuerartillerie teilweise bedeutend geschwächt. Abends ließ nach Fromont ein französische Infanterie über die von Fromont-Hain vor, kam aber in unserer Feuerwirkung nicht bis an unsere Stützlinien.

Bei Bouzainville und am Winterberg verliefen einige Gefechungen erfolglos; Gefangene wurden eingebracht.

Starken Feuer nordlich von Heims folgte gegen Bois Sautain ein Teilangriff der Franzosen; sie wurden zurückgeschlagen.

In der Champagne war die Gefechtsartillerie in einigen Abteilungen lebhaft.

Der Verbund dauert der starke Artilleriekampf, besonders auf dem Stauer der Mars, an. Bisher keine Infanterieangriffe.

In der Nacht vom 4. zum 5. September griffen unsere Flieger London, Southend und Margate an. Verwundung der abgeworfenen Bomben wurde erkannt. Eins unter Flugzeuge ist nicht zurückgeführt.

Neuer dem Zustand sind gestern 11 feindliche Flieger und ein Zerstörer abgeschossen worden. Letzterer schrag den 40. und 41. Luftflieger.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Der Front der 8. Armee haben die Russen ihren Rückzug nach Norden und Nordosten in volle Kraft gesetzt.

An der Düna hat der Feind seine letzten Stellungen bis Friedrichstadt geräumt.

Die bei unferm schmalen Bormarsch bisher nur unvollständig festzunehmende Gefangenenzahl und Beute beträgt 120 Offiziere, über 7000 Mann, 150 Geschütze, 200 Maschinengewehre, mehrere Panzerfahrzeuge und sehr zahlreiche Kriegsgeschütz.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

In der nordwestlichen Moldan zeitweise lebhaft Artillerietätigkeit und Fortschritte.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls von Mackensen.

In den Bergen nordwestlich von Jocieni leichter ein russischer Versuch bei Uniceul, von einem einzigen starken Gefangenen zurückgeführt werden.

Magdonische Front.

Belicht des Preispaars waren deutlich, ähnlich des Deutschen bulgarische Erdbebenunternehmungen von Grila.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Der Magistrat der Stadt Halle weiß sich mit seiner Bürgerschaft einig, wenn er dem Gefühl der Entrüstung über die Note des Präsidenten Wilson an den Papst Ausdruck gibt.

Der Präsident Wilson hat das deutsche Volk in unflätiger Weise beleidigt, wider besseres Wissen der schändlichsten Kriegspolitik beschuldigt und offen zur Auflehnung gegen seine Regierungen und angestammten Fürsten aufgefordert. Niemand ist einem Volke gemeinere Niedertracht unterstellt, niemals größere Schmach angeschlossen worden. Voll Abficht wendet sich gegen dieses schamlose Unterfangen das deutsche Volk, das sich unbeflegt, wie Präsident Wilson anerkennt, gegen vier Fünftel der Welt nicht hätte behaupten können, wenn es nicht durch seine sittliche Kraft allen Feinden überlegen wäre. Im Bewußtsein dieser Überlegenheit weist es die Verleumdungen und Beschuldigungen und voll Ekel gegen den Vertreter einer Nation, der Verstellung und Verleumdung zur Pflicht seines Amtes stempelt, den Versuch juristisch, Zwietracht zwischen das Volk und seine Regierung zu säen. Wie sich unser Volk zu seiner Regierung stellt, und wie es deutsche Treue seinen Fürsten hält, ist ausschließlich unsere Sache, kein andres Volk und kein auch noch so anmaßender Vertreter einer fremden Nation hat uns hier reinzureden. Das deutsche Volk war längst mündig, als die heutigen Vereinigten Staaten noch unter englischer Herrschaft saßen, aus eigener Kraft hat es sich sein Staatswesen geschaffen, allem Neide zum Trotz seine Wirtschaft begründet und doch noch viele Jahre hindurch vermocht, gleichberechtigt mit andern Völkern in Frieden zu leben. Mit dem ganzen Ungeheim berechtigten Zornes aber lehnt es sich auf gegen englische Willkür, englische Anfreihheit des Meeres und englische Knechtung deutschen Wesens. Als freie Bürger eines freien Staates erklären wir, die berufenen Vertreter der Stadt Halle, aus freiem Antriebe, daß wir das Gebahren des Präsidenten Wilson als verächtlich weit von uns weisen, daß wir jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten unsers Volkes und Staates in heftigster Abwehr entgegenreten und festhaltend an unserm Staatswesen die Treue zu unserm Herrscherhause nicht anders verstehen, als mit ihm zu siegen oder unterzugeben. Drei schwere Kriegsjahre haben wir mit allen Volksgenossen gemeinsam und ruhmvoll überstanden, und siegreich stehen wir gegen vier Fünftel der Welt. Heute ist Riga genommen, und erneut wissen wir heute, daß Deutschland siegen wird, und vergeblich bleiben die Waffen, die wirtschaftliche Hinterlist, die Lügen der Feinde und das niedrige Tun des Präsidenten Wilson.

Halle, den 4. September 1917.

Der Magistrat.
Rive.

218

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung des Ueberwachungsamtes der Seifenindustrie betreffend Abgabe von Seife und Seifenpulver, an Wiederverkäufer.

Zur Grund der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und andern fettartigen Substanzen vom 18. April 1916 (Reichsgesetzblatt 1916 Seite 307) und 21. Juni 1917 (Reichsgesetzblatt 1917 Seite 546) hat der Ueberwachungsamt der Seifenindustrie folgende Bestimmungen betreffend die Abgabe von fettartigen Substanzen an Wiederverkäufer erlassen.

§ 1. Wiederverkäufer, welche fettartige Substanzen unmittelbar an Verbrauchern abgeben, haben die bei der Abgabe von Seife und Seifenpulver gesammelten Seifenartenabstände des abgelaufenen und laufenden Monats getrennt nach Seife und Seifenpulverabständen bis spätestens zum 8. jedes Monats bei den für die Abgabe von Seifenarten zuständigen Ortsbehörden überreichlich aufgestellt oder in Umschlägen verpackt mit einer Aufstellung einzureichen.

§ 2. Die Ortsbehörden stellen den Wiederverkäufern auf von diesen vorzulegenden, ordnungsmäßig angelegten Verbänden mit Latenz und Stempel versehenen Empfangsbefähigungen über diejenigen Mengen Seife und Seifenpulver aus, auf welche die abgelaufene Abstände lauten.

§ 3. Die Abgabe von S. A. Seife oder S. A. Seifenpulver an Wiederverkäufer ist nur gegen Abgabe von Empfangsbefähigungen gemäß § 2 gestattet. Die Empfangsbefähigungen sind den Verkaufern einzureichen; ferner ein Verkaufer Gesühändler ist, bis spätestens zum 12. jedes Monats, dem die Befähigung, von einem Klein- oder Großhändler unmittelbar beim Kaufmann erfolgt, bis spätestens zum 15. jedes Monats.

§ 4. Die Abgabe von S. A. Seife und S. A. Seifenpulver durch Seifenverkäufer darf nur zu den vom Ueberwachungsamt der Seifenindustrie durch die Seifenherstellungen- und Vertriebs-Gesellschaft beantragte Stellen und Lieferungsbedingungen erfolgen. Die Seifenverkäufer haben den durch die Seifenherstellungs- und Vertriebs-Gesellschaft beantragten Bedingungen des Ueberwachungsamtes ausnahmslos hinsichtlich der Verpackung, der Mischung der Bestandteile und angegebener Menge nachzukommen.

§ 5. Bei Verstoß gegen die Bestimmungen der §§ 1, 3 und 4 wird der Wiederverkäufer von dem Bezug von Seife und Seifenpulver dauernd oder zeitweise ausgeschlossen.

Die Bekanntmachung tritt mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft, das heißt, daß zum erstenmal im Monat Oktober Seifenartenabstände des Monats September sowie des Monats Oktober zum Umtausch gegen Empfangsbefähigungen bei den zuständigen Ortsbehörden einzureichen sind.

Halle, den 20. August 1917.

Der Ueberwachungsamt der Seifenindustrie,
G. Hab Rump.

*) Die Einzelbestimmungen des § 5 treten neben die gelegentlichen Erlassen des § 11 der Bekanntmachung betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und andern fettartigen Substanzen vom 18. April 1916 (Reichsgesetzblatt 1916 Seite 307) und 21. Juni 1917 (Reichsgesetzblatt 1917 Seite 546). Mit Wirkung bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark wird bestraft, wer Substanzen an Wiederverkäufer entgegen der nach § 4 Absatz 1 getroffenen Regelung abgibt.

Freibank.

Sonnabend

7 Uhr Nr. 6801—6900 9 Uhr Nr. 7001—7100
8 " " 6901—7000 10 " " 7101—7200

Nachstehend aufgeführte Personen haben uns den Verlust ihrer Kohlenbezugscheine gemeldet:

Luitke Klinge, Fleißerstraße 24	45 Zentner Briefscheine
Anna Koch, Große Ballhofstraße 28	45 "
August Lauer, Große Brauhausstraße 31	55 "
August Lauer, Große Brauhausstraße 31	1000 Stück Briefscheine
Frantz, Köstner, Kleine Ulrichstraße 5	60 Zentner Briefscheine
Louis Schmalz, Dieselauer Straße 10	70 "
Jenny Starke, Biltztorplatz 4	500 Stück Briefscheine

Sämtlichen Kohlenabnehmern wird hiermit unterlagt, auf die abhanden gekommenen Bezugscheine Kohlen zu liefern. Den Besitzern werden neue Scheine mit einem besondern Vermerk von uns ausgeteilt werden.

Die Besitzer können die neuen Scheine gegen Vorzeigung des Lebensmittelscheins bei uns abholen.

Halle, den 4. September 1917.

Die Orstoblenstelle, Marktplat 22.

Bekanntmachung betreffend die Befreiung taubstummer Kinder von der Schulpflichtigkeit.

Nach dem Gesetz vom 7. August 1911 betr. die Befreiung taubstummer Kinder werden Kinder 1918 die taubstummen Kinder schulpflichtig, welche bis dahin das 7. Lebensjahr vollendet haben. Zu den taubstummen Kindern im Sinne dieses Gesetzes gehören auch taubstumme, erblaubte und solche Kinder, deren Gehör nur gering ist, daß sie die Sprache auf natürlichem Wege nicht erlernen können und die erlernte Sprache durchs Ohr zu verstehen nicht mehr imstande sind. Die Namen solcher Kinder müssen schon jetzt der Igl. Regierung in Merseburg mitgeteilt werden. Die Eltern oder die gesetzlichen Vertreter dieser taubstummen Kinder werden hiermit aufgefordert, den Namen, den Geburtsort und die Wohnung der betreffenden Kinder bis zum **Sonntag den 15. September 1917** im Bureau der Schulverwaltung — Parfüberstraße 11, 1. Treppen, Eingang Schulstraße, Zimmer 6 — anzugeben, damit die Kinder in die vorgeschriebene Nachweisung eingetragen werden.

Halle, den 1. September 1917.

Der Magistrat.

Dr. Ed. Davidmar:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Herr Eduard David in einer vor dem hiesigen Reichsanwaltlichen Friedenskomitee in Göttingen am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter bestrebtem Ziel stehen in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt haben wir herbei: Die unmittelbaren Ursachen des Krieges. — Die ersten als Weltverleumdungsmittel. — Die Rolle der Zentralmächte. — Die Verteilung Deutschlands. — Die Rolle der Gelehrten für Deutschland. — Der Ausbruch der Weltkriege. — Die Schuldfrage ist nun durch jede Zusammenhang zu belegen. Der Preis beträgt 1,- Mk. Zu beziehen durch die **Buchhandlung Volksstimme, G. Ulrichstr. 27**

Gobler, Dreher, Schlosser
Maschinenfabrik Feller
Berliner Straße 4.

Metallarbeiterverband Merseburg
Sonntag den 9. September, abends 8 Uhr.
findet im Saal Zur Reichskrone, Kleine Ritterstraße, im **Vortrags-Abend**
erster und letzter Vorträge statt.
Vortragender: **Dr. Carl Georgi**, Spielplatz 4, Stuttgarter Schützengilde, Eintritt 50 Pfennig. **Die Orstoblenstelle.**

Sozialdemokratischer Verein Gröben-Rumfeld
Sonntag den 9. September, abends 8 Uhr.
im Saalhof zu Rumfeld
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Gerhardt (2. 2. Diskussion. 3. Berichtliches und Beschiedenes. 4. Jahresbericht und amtliches Geschichtliches aller Mitglieder wird ebenfalls Gehe. von Mitgliedern eingeführt, haben Zutritt. **Die Orstoblenstelle.**

2 Arbeiter und 1 Heizer
sucht ausschließlich zum Markt
Kaases Aeroplan-Karussell

Abzahlung
Liefen wir einzelne **Möbel**
Polstermöbel, ganze Wohn-Einrichtungen, Herren- und Knaben-Kleidung, Topfhäfen, Kinderwagen.
Zahlungsbedingungen günstig.
Eichmann & Co.
G. Ulrichstr. 51,
Eugene Schulze.

Thalia-Theater
Spielplan des Stadttheater-Regionalen.
Sonntag den 9. September, abends 7 1/2 Uhr.
Johannisfeuer
Ensemble von Hermann Sudermann

Stroh- und Bastschuhe
sind wieder eingetroffen im Kaufhaus
H. Elkan, Leipziger Straße 57.

Stadt-Theater
Sonabend den 8. September, Anfang 7 1/2 Uhr.
3er und Zimmermann
Oper von Albert Lortz.
Sonntag nachmittag **Hilfsmann** als Gelehrter.
Sonntag abend: **Taubstummer.**

Wollene Kleider u. Kostüme
Mantelstoffe — Anzugstoffe
Samte — Manchester
haben Sie noch in großer Auswahl
196 im Kaufhaus
H. Elkan
Leipziger Straße 57.

Halle und Saalkreis.

Halle, 7. September 1917.

Halle und Amerika.

Der Magistrat erläßt in der heutigen Nummer unseres Blattes eine große öffentliche Erklärung. Nicht etwa zur Kohlenfrage oder zur Lebensmittelversorgung oder was sonst. Sondern — gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Wer ihn auf diese Idee gebracht hat, wer weiß es? Aber ganz gleich, wer das auf dem Gewissen hat, — Kopfstütteln erregt es auf alle Fälle. Und zwar starkes Kopfstütteln, und nicht nur bei uns.

Denn zunächst: Was hat Halle mit Nordamerika oder auch nur mit seinem Präsidenten zu tun? Was hat unser Magistrat überhaupt in der Politik zu befragen?? Er mag doch weiter seinen Verwaltungsaufgaben gerecht werden, die doch wohl nicht jetzt nicht klein sind und über deren große Arbeit er fortgesetzt nachdenkt. Die Politik aber überlasse er andern, dazu berufenen Stellen. Wenn dieser einmal irgendein Stadtratsmitglied in irgendeinem Stadtparlament auf das Gebiet der hohen Politik auftritt, da würde er von höherer Stelle sofort gerügt. Das geht nicht anders an! Sieh es. Hier aber setzt sich der Magistrat gleich mit dem Präsidenten von Nordamerika auseinander. Man weiß tatsächlich nicht, was man dazu sagen soll.

Dann aber die Form! Wir sind nicht schon etwas genötigt, durch die Auslassungen von magistratischen Stellen, wenn irgend jemand einmal den Magistrat zu Unrecht angegriffen hätte. Das überläßt wohl alles Schönel. „Der Präsident Wilson hat das deutsche Volk in unfähiger Weise beleidigt, wider besseren Willen der schändlichsten Kriegspolitik beschuldigt und offen zur Aufkündigung gegen seine Regierungen und angeklammerten Parteien aufgerufen. Niemand ist einem Volke gegenüber verächtlich unterstellt, niemals größere Schmach gekommen worden.“ Und Wilson wendet sich gegen dieses schandvolle Unterfangen das deutsche Volk, das sich unbesiegt, wie Präsident Wilson anerkennt, gegen vier Dünkel der Welt nicht hätte behaupten können, wenn es nicht durch seine jüdische Kraft allen Feinden überlegen wäre. Im Bewußtsein dieser Liebeserregtheit weißt es die Verleumdungen und Beschuldigungen und voll Goll gegen den Vertreter einer Nation, der Verleumdung und Verleumdung zur Pflicht seines Amtes trempelt, den Versuch jurid. Anrecht zu gewinnen das Volk und seine Regierung zu sein.“ So heißt es in unverständlicher Deutsch. Und hinterher kommen noch ein paar solcher Strohen. Wie müssen schon geüben: Schön ist das wirklich nicht. Hier es schon den einfachen Bürgersmann, selbst in den schwierigsten Lebenslagen nicht zu schimpfen, so ist es bei einem Magistrat ein ganz selbstverständliches Gebot, ohne das er einfach unfähig ist, selbstständig zu arbeiten. Aber unsern Magistrat scheinen die Herren zu fehlen, die ruhigen, nie veragenden Herren, die ihren Träger auch in den schwierigsten Positionen nicht aus der Fassung bringen lassen. Wenn so schon der Magistrat ausfällt, was sollen wir andern dann machen, die nicht das Blut ruhiger Verwaltungsgenossen haben? Was sollen vor allen Dingen die breiten Massen tun, die nicht alle Gesetze internationaler Höflichkeit in sich aufgenommen haben und die in Folge aller Unterernährung vollkommen nervös geworden sind? Wenn sie nach dem Vorbild des Magistrats handeln wollten, dann täte ihnen im Verhältnis dazu wirklich keine unüberlegte Handlung überlegen können werden.

Nach alledem ist dieser Aufsatz nur zu bedauern. Er ist ein Fehlgriff, wie er schlimmer nicht sein kann. Man mag zu der Wilson-Klage stehen wie immer man will, — diese Aufstellung, nach dem von einem Magistrat, dürfte sie auf seinen Fall herabzuwürdigen. Sie wird denn auch bald in Deutschland herum sein, vielleicht noch darüber hinausgehend und allenfalls große Verwunderung erregen. Das schämte aber ist, daß sie gar keinen Zweck hat, denn Halle und Amerika, was haben sie miteinander zu schaffen? —

Gegen die Zusammenlegung von Bäckereibetrieben.

Am Mittwoch tagte im Bäckereivereinungsraum eine vom Vorstande der Bäder und Konditoren einberufene Brotlocherfassung gegen die Zusammenlegung der Kleinbäckereien und die Bestrebungen zur Bäckereiführung der Nacharbeit. Da diese Fragen alle Berufsangehörigen außerordentlich interessiert waren, der Einladung die Weiler, auch Frauen, sowie die Gassen reich gefolgt. Das Referat hatte der Bezirksleiter des Verbandes für Thüringen, G. Streiber, übernommen. Der Inhalt seiner Ausführungen wurde als eine Entschädigung, kurz zusammengefaßt, von der Versammlung einstimmig angenommen. Der Bäckereiverband, als Vertreter der Bäckerei, erklärte sein Einverständnis mit den Referenten, und auch er war der Überzeugung, daß die Stilllegung der Kleinbäckerei dem Gewerbe mehr Schaden als der Allgemeinheit Nutzen bringen werde. Er begrüßte es besonders, daß in dieser Frage die Weiler und Weiler zusammenstünden, ebenso darin, die Bäckereiführung der Nacharbeit zu verhindern.

Die Entschädigung hat folgenden Wortlaut:

Die heute, am 5. September 1917, in Halle im Bäckereivereinungsraum tagende, vom Bäckereiverein und Bäckereiverband beschickte Versammlung warnt die Reichsregierung und Verbände dringend vor der von säkularisierten Großinteressen einiger Zucker und Weiler von Bäckereibetrieben empfohlene Maßnahme, die bestehenden Kleinbäckerei zu schließen und diese Betriebe zu Großbäckereien zusammenlegen zu wollen, um in diesen die Nacharbeit wieder zur Einführung zu bringen. Dieser Plan wurde als Mittel empfohlen, Seignurmateriale, besonders Kohle zu sparen. Die aufgestellten Behauptungen sind aber Trugschlüsse, denn weit mehr Seignurmateriale, was in ganz geringer Menge erfordert wird, müßte durch größeren Maschinenbrauch verwendet werden. Dazu würden ganz ungeheure Transportverhältnisse im Betrieb des fertigen Brotes treten. Die Vorteile der Tagesarbeit in Bezug auf bessere und effiziente Arbeit sowie vorzügliches Umgehen mit dem so knapp Rohmaterial in der Bäckerei würde zugrunde gemacht werden, ebenso die hygienischen Erzeugnisse, die in der Bäckerei der unermesslichen Nacharbeit liegen.

Gegen diese geplanten Maßnahmen, die nur ausgedacht sind, um das Profitinteresse einiger Großunternehmer zu fördern, erheben die verarmten Bäckereier und Weiler ganz entschiedene Protest, und warnen Reichsregierung und Verbände, solchen Weg zu beschreiten, durch den nur das allgemeine Volksinteresse auf schwerste gefährdet werden könnte.

Neuanstellung beim Magistrat. Der Bauauswärtige nahm am Mittwoch einen Magistratsauswahran an, der die Anstellung eines Spezialisten für Rechnungswesen vorstellte. Danach sollten am 1. April 1918, an die Rechnungswesen durch einen auf diesem Gebiet erfahrenen Kandidaten ausgearbeitet und danach der weiteren Prüfung unterzogen werden.

Nicht in Zirkelfest setzen. Beim Kochen von Frischmilch sind in letzter Zeit vielfach veraltete Kübel verwendet worden, die beim Kochen größere Mengen Schlamm abgeben, wodurch dem Aussehen gesundheitsgefährliche Beschaffenheit verliehen wird. Vor der Verwendung solcher Kübel zum Kochen von Nahrungsmitteln wird hiermit gewarnt.

Von der Straßensperre. Der Gesundheitsamt und Inhabale Friedrich Krause hatte im letzten Vierteljahr 1916 bei der Armenverwaltung öfters um eine einstündige Unterbrechung angeordnet, die ihm auch bewilligt wurde. Da er aber seine Straße häufig der schwebenden Bewegung ausständigen, die die in der Zeit vom Februar bis Juni 1917 selbst ausfüllte und mit eigener Unterbrechung verfuhr. Magistrat mit diesen Formulare erhielt er denn auch vom Magistrat diese Unterbrechung ausgezahlt. Wegen Betrugs und Unklarheit in der Ratezeit in fortgesetzter Handlung wurde er von Landgericht antragsgemäß zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Frauen in städtischen Deputationen — zu Magdeburg. Die Stadtratsdeputation in Magdeburg hatten bereits vor etwa einem halben Jahre beschlossen, ebenso wie eine Reihe anderer Städte beschließen, hierfür in Frage kommenden Kommunalangehörigen Frauen angestrichelten Mitgliedschaft hierin. Aber in erster Linie der außerordentlichen Zunahme der Frauenarbeit auf allen Gebieten des Erwerbslebens. Der zu diesem Zweck eingesetzte Ausschuss hat nun folgendes beschlossen: „Es sind hinzuzuzufügen in den Verwaltungsausschuss für die städtischen Armenangelegenheiten, den Verwaltungsausschuss für das Wohnwesen, die Arbeitsnachwehkommission, den Leihrentenausschuss für die Frauen in der Gesundheitskommission und den Wohnungsausschuss je zwei Frauen mit beratender Stimme. Wenn angängig, soll auch bei den Ausschüssen für die milden Strafzinsen je eine Frau hinzugezogen werden. Die Wahl der Frauen in die vorerwähnten Ausschüsse und Kommissionen soll von vielen selbst erfolgen, dem Magistrat und der Stadtratsdeputation-Versammlung sollen aber das Recht zustehen, Einspruch dagegen zu erheben und der Wirkung, daß abgesehen der einzelnen Mischung eine andre Frau möglich sein muß.“ Der Magistrat hat diesen Bescheid bekräftigt, nicht aber das erforderlich, daß in die Arbeitsnachwehkommission je eine Frau von der Arbeitervereine, und von der Arbeitervereine je zwei Frauen zu wählen ist. Außerdem hat der Magistrat es für ausreichend, wenn die von den Ausschüssen vorgehenden Wahlen nur vom Magistrat genehmigt werden. Dieser Wahl Frauen schon beim der Armenverwaltung eine Frau im Ausschuss des Jugendfürsorgeausschusses zu wählen, in dem die Arbeitervereine für die Arbeitervereine eine Arbeiterin. Den Ausschüssen des Wohlfahrtsamtes gebühren Frauen mit teils beratender, teils beschließender Stimme an.

Keine Einschränkung des Tabakverbrauchs. Gegenüber dem Gerücht, daß die Regierung mit der Absicht umgehe, Vorschriften über den Verbrauch von Tabakergüssen zu erlassen, um einen möglichst sparsamen Verbrauch herbeizuführen, erklärt eine Sachverständigenkommission, daß weder die Einführung von Tabakarten, noch ein Konsumverbot auf der Straße, noch sonst eine andre Maßregel in Aussicht genommen sei. Gegen die Einführung von Tabakarten spreche vor allem die Erwägung, daß eine gleichmäßige Verteilung nicht in Frage kommen könne, da es bestimmt nicht nur Mäcker, sondern auch Nichtraucher geben würden, welche aber naturgemäß auch einen Anreiz auf Tabakarten, da sie in Tabakergüssen zu Gebrauchsgegenständen, vor allem für Angehörige in der Front, verwenden könnten. Die Tabakarte würde infolgedessen unzulässig zu einem gewissen Handelsartikel werden, wodurch der Zweck der Nationalisierung von Rohstoffen vereitelt wäre.

Der den Kohlenbedarf der Kremlenarten müssen die Weiler meiden lassen. So hat der Reichsausschuss für Gas und Elektrizität durch folgenden Schreiben an die Weiler, daß die Weiler eine Maßnahme, die auf eine dringende Anfrage erhielt: Der Reichsausschuss für die Kohlenverteilung beschließt nicht, die Feuerbestimmungen zum Zweck der Kohlenverteilung einzuschärfen oder zu beibehalten. Die Zuweisung der für die Kremlenarten erforderlichen Kohlen ist Sache der Gemeinden, da die hierfür erforderlichen Bestimmungen zum Zweck der Kohlenverteilung anzuwenden sind. Da von 31 Kremlenarten in Deutschland 40 im Eigentum der Gemeinden stehen, so ist anzunehmen, daß die Gemeinden für die notwendige Lieferung Sorge tragen werden.

Der Hirtus Krone, der kürzlich erst hier war, wird aus Erfurt berichtet. Bei der Tiergruppe, die allenthalben mit großem Erfolg vorgeführt wird, befand sich ein Exemplar, das seit einiger Zeit mit Krämpfen befallen war. Das Tier hatte deshalb häufig in dem Transportwagen ein Weiden allein. Ein unglücklicher Hirt, der naturgemäß auch einen Anreiz auf Tabakarten, da sie in Tabakergüssen zu Gebrauchsgegenständen, vor allem für Angehörige in der Front, verwenden könnten. Die Tabakarte würde infolgedessen unzulässig zu einem gewissen Handelsartikel werden, wodurch der Zweck der Nationalisierung von Rohstoffen vereitelt wäre.

Notes Flamenblut.

Roman von Pierre Broodcooren.
Einzige autorisierte Übersetzung von Johannes Schlaf.
(63. Fortsetzung.)

Während hatte Gilla sich erhoben und betrachtete die auffallend bleich gemordete Irene von oben bis unten. „Se, Du würdest, um Liebe zu haben, gern Geld geben.“ Sie reichte sich stolz auf und wiegte ihre Brüste in den Händen.

„Sieh mich an! Ich brauche niemand nachzulassen. Ich bin ein ganzes Weib. Sind die jetzt, wie? Und fertig! Ich verheiß es, warum Du nicht in Männer verliebt bist. Du bringst es ja nicht mal fertig, daß die armenlichen Kamperle aus dem Walde von Elst hinter Deinen Rücken herjagen.“

Die andre reichte, aufs äußerste gereizt, ihren Bierentopf.

„Ich bin wenigstens anständig!“
„Anständig, anständig! Das sind nur Worte! — Ich bin's nicht und bin stolz drauf. Ich hab eben an einem Mann nicht genug. Ich brauch noch andre. Es ist nicht meine Schuld, wenn ich für die Jungens was übrig habe. Das liegt mir im Blute. Nicht wahr, Sein Donka?“

Er suchte die Köpfe.

„Du redest lauter Unfuss. Du hast wohl ein bißchen Sünde gerummen?“

„Die lachte spöttlich.“

„Du willst hier wohl eine Predigt halten?“

„Nein! Ich will nur sagen, wenn man ein Zwanzigfrankstück gestohlen hat, so sagt man das nicht dem Gebarmen.“

„Gut gesagt, Sein!“ sagte der älteste Dorst anzüglich, und der jüngere fügte hinzu:

„Du wirst es wohl selber stehen helfen.“

„Warum nicht?“ gab er fed zurück.
Gilla sprang ihm auf die Knie und legte ihm den Arm um den Hals.

„Da, die Anwendung, die ich von Deiner Predigt mache, Du Kerl,“ sagte sie heiser und küßte ihn auf beide Wangen.

In einer flüchtigen Scham, ihre Beziehungen so preisgegeben zu sehen, wehrte er sie lachend ab. Aber sie drückte ihn aus aller Kraft an sich und biß ihm mit ihren schönen, weißen Zähnen in den Nacken. Er ließ sie gemäßen und lachte mit den andern, die dieser ausschallende Auftritt aufs höchste belustigte. In der Höhe ihrer der Alte mit den rotgeränderten Augen nicht auf, mit dem Schürzen auf den Ohrendackel zu schlagen, und der Narr in dem grünen Sergeejose stieß noch immer in sein Horn und segnete die Anwesenden.

Aber weiter seltsamem Weien gehörte doch diese unheimliche, starke Wut, die wie der Kopf eines Enthaupteten über dem äußeren, erhölten Rande der Rufe, die auf den Hof des „Weißen Hofes“ hinausging, auftauchte?

Es mochte ungefähr eine Viertelstunde her sein, daß dieses schredliche Gescheh auf dem schwarzen Grunde der Nacht der wilden Orgie auslief wie einem Theaterpiel. Janak Gitters war die erste, die es bemerkte.

„Wer ist die Wut da?“ Es ist doch niemand rausgegangen?“ sammelte sie erschrocken.

„Jehn Stimmen auf einmal fragten: „Wo?“

„Aber da!“

„Sie mich nach der Rufe hin. Man stürzte darauf zu. Wie ein Verflucht war die Erscheinung verschwunden.“

12.

Die Kolläden der vier Fenster des „Weißen Hofes“ waren heruntergelassen, als durch Feder und Weien Souhe

Hohli endlich bei der Schenke angelangt war. Ein großes Gefäß, durch einen Stein in zwei Hälften geteilt, schob sich zwischen das Haus und den Weg. Zur Linken sah sich über eine unregelmäßige Hecke das Durcheinander der dünnen Wipfel eines Obdiktanten und gezeichnete sich sauber gegen einen Teil des Mondhimmels ab. Zur Rechten, ein Stück vom Badofen ab, lagen unter einem verfallenen Strohdach Holzstücke aufgeschichtet. Der Brummen erhob sich vor der Tür im Winkel des Obdiktanten.

In dem Augenblick, da er schon an die Tür wollte — aus Furcht vor Kontrolle, weil Widrine zur die Schenke eben erst eröffnet hatte und noch keine Gewerbetreibende bezahlte, war sie doppelt verflochten — jögerte Souhe. So fort hatte er in dem Durcheinander der Ästern die von Sein Donka, Janak Gitters und Gilla erkannt. Wenn er sich verriet! Schon schlug ihm das Herz bis in den Hals vor rasendem, innerem Toben. In seinen Schläfen lautete es. Rein, er würde die Selbstverherrlichung verlieren. Er hätte es an dem hiehergehenden Veben seiner Hände, an der heftigen Erregung, die ihm die Kehle zuklammerte. Würde er übrigens nicht schon genug? Es schien ihm, daß er gar nichts mehr zu erfahren brauchte. Eine Feigheit bemächtigte sich seiner, noch einmal ergriß ihn die Furcht vor der Wahrheit und die unerträgliche Pein, die mit ihr im Zusammenhang stand. Von plötzlicher Kopflosigkeit erfüllt, schaute er sich an, zu fliehen, als ihn ein Gedanke erlärten ließ und auf den Fleck festnagelte. Auch Janak war mit in das „Weiße Hof“ gekommen. Das Frauenzimmer hatte das Kind nicht zu Hause lassen können. Sieder hätte sie es mitgenommen. Welch ein Unglück! So kein Marthe war, mochte sie schon der unentfesselten Aufführung ihrer Mutter bei, und deren Sünde befruchtete auch sie mit ihrem Schmutz.

(Fortsetzung folgt.)

